

DIE POLITISCHE SEITE

März 2013

Die Bundestagswahl – ein Zwischenbericht (1. Teil)

Am 22. September 2013 wird der 18. Deutsche Bundestag gewählt

Rückblick

Die einzelnen Parteien

Prognose möglicher Koalitionen

Gebet

1. Rückblick

Am 27. September 2009 fand die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag statt. Sie endete mit einem klaren Sieg der schwarz-gelben, der „bürgerlichen“ Koalition aus CDU/CSU und FDP unter der erneuten Kanzlerschaft von Angela Merkel.

In Zahlen bekamen von 622 Sitzen (614)

CDU/CSU	239 Sitze (226)
SPD	146 Sitze (222)
FDP	93 Sitze (61)
DIE LINKEN	76 Sitze (54)
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	68 Sitze (51)

In Klammer die Zahlen von 2005 beim Regierungswechsel von Schröder zu Merkel.

Zur Erinnerung an 2009: Das Ergebnis zeigte einen katastrophalen Absturz der SPD, neben einem phänomenalen Aufstieg der FDP um 32 Sitze (14,6%), da ein Großteil der Wähler nach 3 Jahren der Großen Koalition eine bürgerliche Regierung wünschten. Auch die Grünen legten zu und besonders auch DIE LINKE, zum Erstaunen vieler.

2. Die einzelnen Parteien

SPD

Nach dem Wechsel 1998 mit einer klaren Mehrheit für Rot-Grün, übernahmen Gerhard Schröder und Joschka Fischer die Regierung in der 14. Wahlperiode für vier Jahre. Bei der Wahl von 2002 erreichte Rot-Grün noch einmal die Mehrheit, aber nur eine hauchdünne Mehrheit von 3 Sitzen. Und das war gut so.

Denn wenige Wochen nach der Wahl wurde klar, dass die Sozialsysteme in der jetzigen Form die Möglichkeiten des Bundeshaushaltes überforderten. Mit anderen Worten: Gerhard Schröder musste eine Reform der Sozialleistungen durchführen, die als „Agenda 2010“ in die Geschichte einging. Die Umsetzung erfolgte durch die Hartz I-IV-Gesetze. Diese Reformen von 2003 sollten die folgenden Jahre prägen bis zum heutigen Tag.

Schröder, damals auch Vorsitzender der Partei, versuchte, in 4 Regionalkonferenzen seine Genossen von der Notwendigkeit dieser Reformen zu überzeugen – was ihm nicht gelang. Er verlor den Parteivorsitz.

Scharenweise verließen die Genossen die SPD, denn eine neue Partei hatte sich links von der SPD gebildet. Unter Leitung des Erzfeindes Oskar Lafontaine hatten die Postkommunisten der PDS aus den östlichen Bundesländern plötzlich auch Anhänger im Westen, die Lafontaine und Gregor Gysi mit großer Überzeugungskraft zusammenführten zur Partei „DIE LINKE“. Die Agenda 2010 hatte die Gründung einer neuen Partei provoziert, die das bisherige Parteienspektrum wesentlich veränderte. Dazuhin verlor die SPD in den folgenden Jahren eine Landtagswahl nach der anderen, bis 2005 der Punkt kam, wo nach der Wahlschlappe auch in Nordrhein-Westfalen Gerhard Schröder „die Reißleine“ zog und Neuwahlen forderte, die der Bundespräsident dann auch ansetzte.

Das Ergebnis war ein Verlust von 30 Sitzen für die SPD, zugleich aber zog DIE LINKE auf Anhieb mit 54 Abgeordneten in den Bundestag. Die Koalitionsarithmetik kam durcheinander: weder eine bürgerliche, noch eine linke Koalition wie bisher hatte eine Mehrheit. So blieb 2005 nur die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD übrig. „Wählerwille“. Gottes Wille!

Die vier folgenden Jahre mit einer Großen Koalition waren absolut nötig, da mit dem Zusammenbruch der Banken 2008 die schwierigste Situation seit dem Ende des II. Weltkrieges eintrat. Das Duo Merkel/Steinbrück steht bis heute mit den Entscheidungen zur staatlich subventionierten Lohnfortzahlung bei Kurzarbeit und zur Abwrack-Prämie für eine erfolgreiche Überwindung der Krise. Dazu kam die „Einübung“ von Hartz IV in Bezug auf die Empfänger von Sozialleistungen.

Ein unerwünschter Nebeneffekt der Großen Koalition war für die SPD, dass die Kanzlerin es verstand, Erfolge der Regierung als Erfolge der CDU erscheinen zu lassen – was die SPD-Stammwähler weiter verunsicherte und ärgerte. Die Partei verlor immer mehr das sozialdemokratische Profil einer Linkspartei – was die Genossen der LINKEN genüsslich aufzeigten.

Aber auch die CDU erlebte einen Prozess der „Sozialdemokratisierung“, so dass am Ende der Großen Koalition auch ihre Stammwähler unsicher waren, ob die CDU noch ihre politische Heimat sei. Die Rede war offen von der Bildung einer neuen christlich-konservativen Partei rechts von der CDU. Hätten 2 Populisten vom Schlage Lafontaines und Gysis auf der rechten Seite zur Verfügung gestanden (wie Wilders in Holland oder Berlusconi in Italien) es hätten sich ohne weiteres 1-2 neue Parteien rechts von der CDU bilden können, die der CDU hätten schwer Konkurrenz machen können.

Diese Wahl von 2009 wurde für die SPD zur Katastrophe, weil niemand mehr wusste, wofür sie steht: für die Agenda 2010 mit ihren Opfern zu Lasten der Armen d.h. die SPD als Partei der Schröder, Müntefering, Steinbrück und Steinmeier; oder steht sie für die alten kämpferischen Ideale der Solidarität mit den unteren Schichten d.h. die SPD als Partei des linken Flügels der Nahles, Schuster und der Gewerkschaften.

In dieser Situation, in der sich die ganze „Alte Garde“ bis auf Frank Walter Steinmeier zurück zog, übernahm Sigmar Gabriel die Führung der Partei – und es gelang ihm im Verlauf der folgenden 4 Jahre, die SPD wieder zu einigen und der Regierung Merkel mehr und mehr eine brauchbare Opposition zu liefern. Er widerstand in der damaligen Krisenzeit der Versuchung eines Linksrutsches d.h. einer Verbindung mit der LINKEN und behielt stattdessen Kurs, wieder eine eigenständige Volkspartei aufzubauen.

An der Spitze der Partei bildete sich das Triumvirat Gabriel, Steinmeier und Steinbrück und das ganze Jahr 2012 bohrten die Medien, wer doch wohl von den Dreien zum Kanzlerkandidaten gekürt würde – und immer wurde die Benennung auf Anfang 2013 terminiert, um einen möglichen Kandidaten nicht durch einen monatelangen Parcours zu verschleißen. Keiner weiß warum, aber plötzlich am 5. Oktober lüftete Sigmar Gabriel das Geheimnis: Der Kanzlerkandidat der SPD heißt: Peer Steinbrück.

Viele in der Parteilinken waren frustriert. Peer Steinbrück steht für die Agenda 2010, für Banken und Geld und ist persönlich unbeliebt. In der Bevölkerung aber hält man den Finanzminister der Großen Koalition für kompetent. Und prompt stieg bei der „Sonntagsfrage“ („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?“) der Wert der SPD von 27% auf 30%. Danach sank er aber sehr schnell wieder ab auf 27/26% und im Neuen Jahr zeitweilig sogar auf 23%.

Das Problem der SPD ist, dass sie irgendwie keine Aufbruchsstimmung erzeugen kann und ihnen ihr Kandidat seither eher im Weg steht als ihnen hilft. Bei dem Bonus, den diese Kanzlerin beim Volk (auch bei den Wählern anderer Parteien) besitzt, ist z.Zt. in Deutschland in der Tat keine Wechselstimmung zu erzeugen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die Grünen sind im Aufwind.

Im Lauf des Jahres 2011 entdeckten sie, wie man mit dem Bau des Tiefbahnhofs in Stuttgart die Straße mobilisieren kann für den im Frühjahr 2012 anstehenden Landtagswahlkampf. Als dann Ende September 2011 das Vorgehen der Polizei Verletze

hinterließ, hatten sie endgültig auch gute CDU-Wähler zu „Wutbürgern“ gemacht und auf ihre Seite gezogen.

Fukushima gab den letzten Kick, so dass die Grünen mit Wilfried Kretschmann den ersten grünen Ministerpräsidenten stellen konnten.

Im Jahr 2012 folgte der Triumph eines ersten grünen Oberbürgermeisters in einer Landeshauptstadt, in Stuttgart.

Die Niedersachsenwahl im Januar 2013 zeigte sie als die eigentlichen Sieger: Von 8,0% in 2008 schnellten sie auf 13,7%. Während die SPD nur einen Sitz im Landtag dazu gewann, steuerten die Grünen 8 weitere Mandate bei und ermöglichten so erst den Sieg der rot-grünen Koalition mit *einem* Sitz Vorsprung.

Die Grünen breiten sich aus. Und zwar in die bürgerliche Mitte. Nichts mehr ist von der Revoluzzer-Partei übrig. Sie sind – wie die Stuttgarter OB-Wahl zeigte – wählbar bis weit ins bürgerliche CDU-Lager hinein. Diese ökobraven Grünen zersetzen in Baden-Württemberg die CDU und nehmen ihre Stimmen mit nach links. (stern 48/2012).

Aber nicht nur in Baden-Württemberg, ihr Wahlprogramm will dasselbe: mit einer fast kindlich wirkenden, lieben Sprache sagt das 150 Seiten dicke Opus zu allem und jedem was, nicht kontrovers, sondern konsensual: von den Zeitungen über den Sport („Sport verbindet, ist gesund und macht Spaß“) bis zur Körperpflege („Enthaarung“) – zu allem wird was gesagt, denn – so hieß die Devise – „jeder Arbeitsbereich soll drei Dinge benennen, die der Wähler erwarten dürfte, wenn die Grünen wieder in Berlin regierten“ (F.A.Z.).

Die Grünen unterwegs zu einer Volkspartei? Man könnte es meinen. Denn wie sonst soll man die Wahl der evangelischen Pfarrfrau und Präses der EKD Synode Katrin Göring-Eckardt durch die Basis anders verstehen als ein Abstreifen des Revoluzzer-Images und den Aufbau einer neuen bürgerlichen Identität.

Man sollte aber wissen, dass sich die ethisch-moralischen Standards dieser grünen Bürgerlichkeit diametral unterscheiden von dem christlich-konservativen Bürgertum einer CDU/CSU. Unter dem Oberbegriff „Offene Gesellschaft“ läuft konsequent betrieben eine Relativierung von Ehe und Familie durch die von ihnen (!) 2001 durchgesetzte „Lebenspartnerschaft“ und neuerdings durch „Gender Mainstreaming“.

Die Piraten als Sammelbecken der Unzufriedenen haben für ca. ein Jahr den Grünen Wähler weggenommen. Nachdem die Piraten sich aber selber zerlegt haben, pendeln sich die Grünen bei ca. 15% ein.

Die Zielgruppen der Grünen sind laut einer Studie der Universität Leipzig gut situierte Leute. Sie sind zusammen mit den FDP Wählern die reichsten unter den deutschen Parteienanhängern, da sie im besten Alter (Durchschnitt 42 Jahre) und vielfach Akademiker sind. 70% sind Frauen. Die große Mehrheit wohnt in Städten und mehr im Westen als im Osten. Vor allem sind grüne Wähler *Stammwähler* d.h. sie bleiben ihrer Partei auch emotional verbunden, denn emotionalisiert, so sind sie vor Jahren auch eingestiegen.

FDP

2009 nach vier Jahren Großer Koalition, die doch in manchem auch Stillstand bedeutet hatte, wollten viele, dass die CDU mit einem neuen, kleineren Partner FDP endlich politisch und marktwirtschaftlich durchstartet – und Reformen auf den Weg bringt, die mit den „Sozis“ nicht zu machen waren. Aus diesem Grund wählten 2009 aus taktischen Gründen viele CDU Wähler mit der Zweitstimme die FDP, um einen möglichst starken liberalen Partner an der Seite der CDU/CSU zu positionieren.

Das Resultat am 27.9.2009 war unerwartet hoch: 14,6%! Die Euphorie der Partei und ihres Vorsitzenden Guido Westerwelle war grenzenlos. Grenzenlos war auch ihre Selbstüberschätzung, und grenzenlos darum auch ihre Dummheiten. Der Wunschpartner für Merkel und ihre CDU wurde zum permanenten Problemfall Nr. 1.

Zuerst setzten die Liberalen eine Herabsetzung der Mehrwertsteuer auf 7% für Gastronomiebetriebe durch, und anschließend kam die Millionenspende eines Hoteliers an die FDP heraus. Die Kurve senkte sich auf 11%. Dann beschimpfte Westerwelle die Armen mit „spätromischer Dekadenz“. Die Werte rutschten auf 9% und fielen permanent weiter. Wieder einmal kamen Forderungen nach einer Steuersenkung, wo man gerade eben aus der Krise krabbelte. Dann der Kampf um Westerwelle als Parteivorsitzenden. Jetzt war man bei 4% angelangt. Nachdem im Frühjahr 2011 Rösler, Lindner und Bahr übernahmen, stieg die Kurve noch einmal auf 5%, brach aber im Dezember 2011 mit Lindners Ausstieg wieder auf 3% ein. Durch die Wahlerfolge in NRW und Schleswig Holstein zeigte die Kurve 2012 kurz mal wieder nach oben. Die Diskussion um Rösler und seine Eignung als Vorsitzendem gab dann der FDP den Rest: 2%! Durch die Niedersachsenwahl und Röslers taktischen Schachzug pendelt sich die FDP momentan zwischen 3 und 4% ein.

Nach einer Forsa Umfrage (stern 6/13) könnten sich 30% der Wähler in Deutschland vorstellen, eine liberale Partei zu wählen, aber eben nicht die real existierende mit diesem Vorsitzenden.

Von den FDP Wählern von 2009 würden heute nur noch 15% die FDP wieder wählen (15% von 14,6%=2,19% d.h. das waren/sind ihre Stammwähler). 48% würden ihre Zweitstimme wieder der CDU/CSU geben, 20% einer anderen Partei und 17% würden gar nicht mehr wählen. Ohne Leihstimmen der CDU wie 2009 oder wie in Niedersachsen wird also die FDP voraussichtlich aus der Parteienlandschaft verschwinden.

Dass Brüderle nun „Kopf und Gesicht der Partei im Wahlkampf“ sein soll, wurde ihm gleich nach der Ernennung durch einen ehrenrührigen Artikel im stern 5/13 („Altherrenwitz“) gründlich vermasset. Eine Rettung der FDP durch eine Mobilisierung von mehr als 5% ist von Brüderle nicht zu erwarten. Das einzige, was Wähler zu den Liberalen noch zurückbringen würde, wäre ein Führungswechsel von Rösler zu Lindner und Kubicki. Der vorgezogene Parteitag ist die letzte(!) Chance der Liberalen.

Piraten

2006 gegründet, hielt man sie zunächst als witzig, alternativ, als eine Partei junger Leute, auf die der Spruch zutraf „Wir wissen zwar nicht wohin, aber das mit ganzer Kraft“.

Aber als die Regulierung des Internets begann, da schlug ihre Stunde. Im Handstreich eroberten sie im Herbst 2011 das Berliner Abgeordnetenhaus. Ein Schock für die etablierten Parteien. Und wie ein Staubsauger zogen sie alle mit der jetzigen Form der Demokratie Unzufriedene an sich, vor allem von den Grünen, aber auch von der SPD und den Linken. Sie waren damit die besten Unterstützer der CDU. Sie zogen 2012 nacheinander in die Landtage im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein ein. Im Frühjahr 2012 standen sie bei 14%!

Längst erkannte man, dass sich die Wählerschaft der Piraten weit über das Milieu der Internetfans ausgedehnt hatte. Denn die Piraten boten an, was viele in der gegenwärtigen politischen Kultur unseres Landes vermissen:

- Unser politisches System der „Parlamentarischen Demokratie“ setzt auf die Wahl einzelner Persönlichkeiten, denen man vertraut und sie darum abordnet, dass sie im Parlament unsere Interessen vertreten („Volksvertreter“). Die Piraten setzen nicht auf die Intelligenz einzelner Spezialisten, sondern auf die Intelligenz des „Schwarms“. Jeder darf jederzeit seine Meinung sagen in der Hoffnung, dass zum Schluss eine Richtung klar wird. Als Leiter eine Meinung öffentlich zu äußern als Vorgabe für die Gruppe, macht suspekt. Ständig werden „Machtstrukturen“ befürchtet und bekämpft.
- Ein anderes Übel der gegenwärtigen politischen Kultur, sagen sie, sei die Intransparenz, dass in Hinterzimmern entschieden wird und im Parlament nur noch die Ergebnisse zum Schein diskutiert und dann abgenickt werden. Dem setzen die Piraten totale Transparenz entgegen. Alles muss öffentlich durchgekaut und entschieden werden. Was zur Folge hatte, dass der Vorstand seine Sitzungen aufgab, weil im Plenum sowieso alles nochmal behandelt werden *musste*. Das Wort vom „Transparenzterror“ entstand unter ihnen.

- Was von der aus System-Protestlern bestehenden Fangemeinde anfangs sogar als Pluspunkt! bezeichnet wurde, war das unumwundene Bekenntnis der Piraten, zu Sachfragen noch keine Meinung zu haben. Je näher aber die Wahlen rückten, desto mehr fiel dieser Mangel ins Gewicht. Dazu kam die Beobachtung der (chaotischen) Arbeitsweise der Piratenfraktionen in den Landtagen.
- Was aber die Wähler am meisten enttäuschte, war der permanente, öffentlich ausgetragene Führungsstreit, Personalquerelen ohne Ende, eine Konsequenz aus dem Misstrauen der Piraten gegen Leitungspersonen und dem Schwarmfetischismus.

So war der Abstieg der Piraten so rasant wie ihr Aufstieg. Bei der Wahl in Niedersachsen landeten sie mit 2,1% bereits wieder unter „Andere“, nicht mehr aufgeführt als eine eigene Partei. Der Sympathiebonus in der Bevölkerung ist weg. Man fragt nach Struktur und Effektivität – und findet Chaos und Infantilität.

CDU

Seit Oktober 2012 ist die CDU in einem stetigen Aufstieg begriffen. Lag sie nach der Nominierung von Peer Steinbrück am 5. Oktober noch bei 36% und Angela Merkel bei 46% gegenüber Steinbrück mit 35%, so steigerte die Partei sich bis Jahresende auf 38% und machte über den Jahreswechsel hinweg einen Sprung in die Vierziger-Werte. Konstant steht sie heute bei 40+ und übertraf Ende Januar mit 43% sogar noch die Marke von 2005, beim Ende der Regierung Schröder. Wobei die Abwanderung von Wählern von der FDP dabei eine Rolle spielt, die mit 2% Anfang Januar ihren Tiefpunkt erreicht hatte. Zur gleichen Zeit erreichte Angela Merkel – sowieso immer an erster Stelle auf der Beliebtheitskala – den Spitzenwert von 68% gegenüber Steinbrück mit 48%. Für den Wahlkampf eine komfortable Ausgangssituation, könnte man meinen.

Warum dann aber plötzlich in der CDU die Aufregung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Adoptionsrecht? Weshalb dieses Bedürfnis mancher CDU-Granden, den bisherigen festen Standpunkt der CDU in der Unterscheidung von Ehe und Lebenspartnerschaft aufzugeben und sich dem großen Haufen anzuschließen. Und im vorausseilenden Gehorsam sogar kommende Urteile des BVerfG vorweg nehmend, eine Kehrtwende vorzunehmen und die Gleichstellung sogar pro aktiv zu betreiben und bis zum Ende der Legislaturperiode abzuschließen. Warum?!

Nur um modern und weltoffen zu erscheinen und von den allzeit-bereiten Medien nicht in die Schmutzdecke der „Konservativen“ gestellt zu werden? – Oder um noch weitere Wähler in der liberalen sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ zu gewinnen? – Die CDU macht gerade den Eindruck, als sei ihr der liberale Spatz auf dem Dach, den sie aber nicht hat, lieber als die Taube der Christen und Konservativen in der Hand. Die Partei hofft auf das Beharrungsvermögen der überwiegend alten konservativen Wähler. Recht hat sie, sie werden beharren und zu Hause bleiben!

Wozu ein Schwenk um 180° und jetzt das genaue Gegenteil von dem vertreten, was man eben vor zwei Monaten noch als Partei nach einer langen Diskussion beschlossen hatte?

Worauf kann man sich denn bei der CDU noch verlassen? Der rote Sigmar Gabriel spottet: „Ein chaotischer Wechsel“ und der grüne Cem Özdemir stellt treffend fest: „Streben nach Machterhalt“.

Es geht nicht wie bei dem Bundwehr-Schwenk von der Freiwilligen- zu einer Berufsarmee um ein Organ des Staates. Und es geht auch nicht wie beim Schwenk in der Energiewirtschaft von der Atomkraft zu den erneuerbaren Energien um eine wichtige, aber allgemeine Frage. Es geht bei diesem Schwenk viel mehr um die Keimzelle der Gesellschaft, die Ehe und Familie.

Warum traut sich die Partei mit dem bewusst getragenen C nicht das Grundgesetz dieser Republik im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen mutig zu vertreten? Und dies auch gegenüber einem Verfassungsgericht, das Stück um Stück dabei ist, das Grundgesetz dieses Volkes auszuhöhlen, wo es in Artikel 6.1 doch klar und eindeutig heißt: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“.

Im Angesicht so vieler Privilegien im Steuerrecht für bestimmte Personengruppen in dieser Frage plötzlich mit Art 3,1 („Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“) zu kommen, ist

eine Unverschämtheit dem Grundgesetz gegenüber, die ein Verfassungsgericht brüsk abweisen müsste. Stattdessen machen sie es aber zur Grundlage ihrer Argumentation für die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe.

Es hat aber doch nichts mit „Diskriminierung“ zu tun, wenn der Staat im Angesicht der Gleichheit der *Individuen vor dem Gesetz ein* bestimmtes Modell von *Zusammenleben* von zwei Individuen „unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellen“ möchte, wenn ihm das aus offensichtlichen Gründen richtig erscheint. Wer also eine *andere* Lebensform wählen möchte, ist nach Artikel 3.1 frei dazu, weiß aber, dass er *nicht* unter den Privilegien von Artikel 6.1 steht.

Eine CDU, die ihre tiefste Argumentationsgrundlage im „christlichen Menschenbild“ hat, muss sich überlegen, was sie tut, wenn sie hier nachgibt, statt aufzustehen und – auch dem Bundesverfassungsgericht gegenüber – Protest anzumelden. Für eine C-Partei ist hier der „status confessionis“ angebrochen wie Christian Wagner von der CDU Hessen sagt: für ihn selbst sei das auch eine *Gewissensentscheidung*.

Es entscheidet sich doch an dieser Stelle, ob die CDU eine opportunistische Umfallpartei ist oder ob die CDU noch hin steht, weil sie spürt, dass sie in diesem Land fundamentale Werte des christlichen Menschenbildes zu schützen und zu verteidigen hat, weil diese angegriffen und in hohem Maß gefährdet sind. Es ist Zeit, auch klare Worte gegen das Bundesverfassungsgericht zu sprechen und hier, um der innersten Überzeugung willen, die „political correctness“ zu verlassen und einen Tabubruch der bisherigen Tradition gegenüber zu wagen.

Es spricht für die Klugheit von Angela Merkel, die sich ja ansonsten nicht scheut, 180° Kehrtwendungen mit ihrer Partei zu vollziehen, dass sie gespürt hat, dass eine willentliche Aufgabe des CDU-Standpunktes an dieser Stelle das Selbstverständnis ihrer Partei beschädigen würde. Dieses Festhalten jetzt an einer Überzeugung wirkt befreiend für die Partei und die ganze Gesellschaft, weil sie Orientierung ermöglicht. Der Beliebtheitsgrad dieser Frau als Kanzlerin und dieser Partei wird dadurch noch weiter steigen.

CSU

Die CSU ist zwar eine Bundespartei, aber man kann sie nur in Bayern wählen, was heute viele bedauern, die gerne die CSU wählen würden, weil die in Bezug auf Werte, insbesondere im Bereich von Familie harte Kante zeigt (z.B. Betreuungsgeld). In Bezug auf die Gleichstellung von Homopaaren mit der Ehe nimmt die CSU noch eine abwartende Haltung ein und lässt ein späteres Ja offen.

Sie tut dies auf dem Hintergrund, dass im September auch Landtagswahlen in Bayern stattfinden. Dabei möchte die CSU, wenn es geht, wieder die alleinige Regierungspartei werden, wiewohl sie mit der FDP als Koalitionspartner in den vergangenen vier Jahren gut gefahren ist. Mit dem Münchner Oberbürgermeister Christian Ude hat Ministerpräsident Horst Seehofer allerdings einen ernst zu nehmenden Gegenspieler bekommen. Die stärkste Partei wird sie sicher werden, aber die Zeit ihrer Alleinherrschaft, wo Bayern und CSU gleichbedeutend waren, ist wohl seit 2008 vorbei, als die erste Koalition mit der FDP nötig war.

Bündnis C

„Bündnis C“ ist eine neue Partei, die sich im April in der Öffentlichkeit vorstellen will. Bündnis C ist entstanden aus dem Zusammenschluss der beiden christlichen Kleinparteien „Partei Bibeltreuer Christen“(PBC) und der „AUF-Partei für Arbeit, Umwelt und Familie“. Deshalb hat Bündnis C im Untertitel „Christen für Deutschland-AUF&PBC“.

Im Angesicht der vielen, an der CDU enttäuschten Christen und auf Grund des Zeugnisses, dass sich zwei christliche Parteien vereinigen, könnte es gut sein, dass dieses Mal das Bündnis C einen respektablen Zuwachs erfährt.

Es wird von der Strategie und dem Geschick der neuen christlichen Partei abhängen, inwieweit sie über den Kreis der bewussten Christen hinaus mit ihrem Programm Interesse bei

der Bevölkerung wecken kann. Ohne diese Grenzerweiterung wird Bündnis C nie über die 5% Hürde kommen.

Ein weiterer Faktor wäre, inwieweit sich „Namen“ diesem Bündnis zur Verfügung stellen werden und Wahlempfehlungen für das Bündnis C abgeben, Namen aus Politik, Gesellschaft und Kirche.

Ebenso wird von Bedeutung sein, inwiefern auch Brücken in den katholischen Raum gebaut werden können. Früher war die Verbindung zwischen CDU und katholischer Kirche sehr eng, was sich aber beiderseits sehr gelockert hat. Insofern ist eine Öffnung dort hinein u.U. auch denkbar.

3. Prognose

Vom heutigen Stand aus (28.2.) lassen sich folgende Prognosen stellen:

CDU/CSU	40-43%	Konstant, Merkel mit 66% zieht nach oben.
SPD	23-25%	Tendenz fallend, Steinbrück mit 48% zieht immer wieder nach unten.
Grüne	14-16%	Tendenz leicht steigend, auch für bürgerliche Wähler attraktiv geworden
FDP	3-4%	Tendenz dauerhaft unter 5%, Veränderungen wären möglich durch Wechsel an der Spitze von Rösler zu Lindner.
Piraten	2-3%	Seit Oktober 2012 konstant gefallen von 7% auf 2%. Ihre Ideologie erlaubt keine Parteibildung.
LINKE	7-8%	Konstant seit Okt 2012; Werden im Westen voraussichtlich an 5% scheitern, im Bund nicht, aber reduziert.
Sonstige	4-6%	Konstant 5%, diese Gruppe enthält ca. 20 Parteien vom Tierschutz bis Rentner und Bündnis C.

Da im Bund kein Lagerwahlkampf organisiert wird, sind alle Kombinationen, die eine Mehrheit zustande bringen, denkbar.

Unter der Voraussetzung, dass die Piraten sich vollends auflösen und die FDP keinen Führungswechsel vollzieht, bleiben folgende Möglichkeiten am Wahlabend für eine Koalition bzw. Regierungsbildung:

CDU/CSU als stärkste Partei wird in jeder Art von Koalition mit ihr den Bundeskanzler stellen, also Angela Merkel oder in der Opposition landen.

1. Zusammen mit den Grünen gibt: CDU/CSU 40-43% + Grüne 14-16% eine Mehrheit von 54-59%. Diese Koalition wird unter der Hand von manchen CDU-Obernen favorisiert und vorbereitet.
2. Die Grünen hingegen haben das Ziel, Angela Merkel abzulösen mit einer Rot-Grünen Koalition.
SPD 23-24% + Grüne 14-16% ergibt 37-41%. Unter den heutigen Umständen ergibt dies keine Mehrheit und ist noch weniger, als die CDU/CSU für sich alleine hat.
3. Hoch und heilig haben Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück zwar erklärt, dass es auf Bundesebene keine Koalition mit den Linken geben werde. Aber –
Es gibt ja im parlamentarischen Brauch die Möglichkeit der zeitweisen Zustimmung z.B. bei der Wahl von Peer Steinbrück zum Kanzler. Es kämen in dem Fall dann noch 7-8% von den Linken dazu, was 44-49% ergäbe und dann eine Mehrheit bilden würde gegenüber der CDU/CSU mit max. 43% für Angela Merkel.
Das wäre dann eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Duldung der LINKEN – was die Regierung natürlich in ihren Vorhaben abhängig machen würde von den Linken, ohne dass diese aber irgendeine Verantwortung für Gesetze tragen müssten, selbst wenn sie denen

zugestimmt haben.

In den Politikfeldern, auf denen aber eine rot-grüne Regierung mit den Linken nicht einig wäre wie z.B. Kriegseinsätze oder Europapolitik, wüsste die Regierung, dass die CDU/CSU zustimmen würde. Man nennt diese Methode „Regieren mit wechselnden Mehrheiten“. Da sich Rot-Grün mit den Linken einig ist in dem Ziel, Merkel abzulösen, hat diese Option durchaus eine Chance. Sie kann nur vermieden werden, wenn die Linken ihren Frontmann Gregor Gysi verlieren würden, weil diesem Stasizugehörigkeit nachgewiesen werden könnte und damit verbunden mehrfache Falschaussagen. Das würde die LINKE entscheidend treffen.

Die Option Rot-Grün hätte den Vorteil, dass sie im Bundesrat eine Mehrheit haben würde. Eine solche linke Koalition plus Bundesrat würde dann aber voraussichtlich in kurzer Zeit weitreichende Veränderungen in der deutschen Gesellschaft durchsetzen. Diese Option würde wie in Niedersachsen den Sieger zum Verlierer machen.

4. Die Wunschkoalition von vielen Bürgern ist aber eine Neuauflage der Schwarz-Roten Großen Koalition: CDU/CSU 40-43% + SPD 23-25% ergäbe eine breite Mehrheit von 63-68% d.h. eine 2/3 Mehrheit.

Da von Europa her voraussichtlich in den nächsten Jahren noch gewaltige Probleme auf uns zu kommen, wäre eine breite parlamentarische Mehrheit eine große Hilfe für die Regierung. Peer Steinbrück hat schon gesagt, dass er in einer großen Koalition für ein Amt im Kabinett Merkel nicht zur Verfügung stehen würde. Das heißt, dass Frank-Walter Steinmeier eventuell wieder Außenminister und Vizekanzler sein würde, wenn Sigmar Gabriel auf einen eigenen Kabinettsposten verzichten würde. Diese Koalition hätte auch für sich, dass sie mit dem Bundesrat wieder besser kooperieren könnte.

GEBET

1. Unser Gott ist und bleibt souverän der Lenker und Gestalter der Geschichte. Er hat Europa und er hat Deutschland fest in seiner Hand. IHM sei Anbetung! Vor der sichtbaren und unsichtbaren Welt. Er hat auch unsere Wahl in seiner Hand.
2. Lasst uns Gott danken für seine unendlichen Wohltaten über unserem Volk und Land. Wenn ein Volk zu danken hat, dann doch wir. (Gesellschaft, Bildung, Wirtschaft, demokratisches System, Freiheit der politischen und religiösen Meinungsäußerung, Parteien, Regierung).
3. Wie beten wir eigentlich für Deutschland? Lieben wir dieses Land? Identifizieren wir uns mit unserer Nation? Sind wir gerne Deutsche? Unabhängig welche Partei wir wählen. Mit unsere Liebe und Identifikation mit Deutschland hängt die Art unseres Betens zusammen: Mit Distanz oder mit „Herz“. Gott liebt doch unser Land!
4. Lasst uns Buße tun vor Gott in priesterlicher Stellvertretung für alles, was schief läuft und widergöttlich ist in unserem Land.
Gott liebt Deutschland ganz offensichtlich. Deshalb schmerzen ihn die Sünden der Menschen unseres Landes so.
Lasst uns für einen fairen und ehrlichen Wahlkampf beten.
5. Wir rufen das Reich Gottes und seine verwandelnde Wirklichkeit in alle Lebensbereiche hinein, sowie in jede Partei und über der ganzen Bundestagswahl. Jesus ist der Herr!
6. Wir segnen das Land – auch in allen Bereichen – besonders die Menschen in großer politischer Verantwortung: Wir segnen sie mit den Worten aus 4. Mose 6,24-27.

Ortwin Schweitzer